

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

Oktober
2014

EDITORIAL



von Annetrin Klepsch

Die Welt ist aus den Fugen ...

... könnte man angesichts der täglichen Nachrichten meinen. Während im Nahen Osten politische Krisen eskalieren und kriegerische Auseinandersetzungen zur Normalität zu werden drohen, beschäftigt sich die Bundeswehr vor allem mit sich selbst. Während täglich tausende Menschen aufgrund von Krieg aus ihrer Heimat fliehen müssen, muss die Bundesrepublik immer noch lernen, dass sie ein Zuwanderungsland ist. In Deutschland angekommen, mussten Flüchtlinge bisher Angst haben, Opfer der Willkür eines privaten Sicherungsdienstes zu werden, weil die soziale Betreuung der Neuankömmlinge auf der deutschen Wohlstandinsel möglichst wenig kosten soll.

Eine Kostendebatte anderer Art führt unterdessen die Bundeswehr und nutzt dankbar den Anlass weltweiten Krisenmanagements, um ihre offenbar jahrelang unbemerkte jämmerliche technische Ausstattung zur Schau zu stellen. Eine gute Gelegenheit für die Verteidigungsministerin, das umstrittene und überbeuerte Drohnen-Projekt wiederaufleben zu lassen. Die jämmerliche soziale Ausstattung deutscher Flüchtlingsunterkünfte hingegen wird erst nach Bekanntwerden zahlreicher Misshandlungen der Zufluchtssuchenden durch Wachdienste diskutabel.

Gut, dass meine Partei sich für die Flüchtlinge einsetzt und nicht für technisches Hochrüsten des Militärs mittels Drohnen und anderer Spielzeuge. Hamlet wollte rächen und richtigstellen und wurde letztendlich zum Zerstörer. Die Welt gerät weiter aus den Fugen, wenn es nicht gelingt, politische Konflikte ohne militärische Interventionen zu lösen und ziviler Unterstützung, in Deutschland und außerhalb, den Vorrang zu geben.

annettrin.klepsch@dielinke-dresden.de
www.annettrin-klepsch.de

Mogelpackung der Großen Koalition

Kabinett beschließt Mietpreisbeschleuniger

von Caren Lay

Ursprünglich behauptete die Bundesregierung, sie wolle Mieterinnen und Mieter vor zu hohen Mieten schützen. Aber mit ihrem Beschluss im Bundeskabinett bleibt die große Koalition sogar noch hinter ihren Forderungen aus dem Koalitionsvertrag zurück. Damit wurde ein Mietpreisbeschleuniger beschlossen. Die Regel soll zum Beispiel nur in Gebieten mit „angespanntem Wohnungsmarkt“ gelten.

Aber, worum geht es eigentlich? Das Bundeskabinett ließ verlauten, dass zukünftig alle Mieter besser geschützt seien. Neuvermietungen dürfen nur noch auf 10% des ortsüblichen Mietniveaus erhöht werden. Es gebe nur kleine Ausnahmen. Die Maklergebühren übernimmt zukünftig der Vermieter. Doch wie so häufig steckt der Teufel im Detail.

Unter Neuvermietungen fallen alle Wohnungen, bei denen der Mieter wechselt. Diese darf dann nur auf 10% über dem ortsüblichen Mietspiegel ansteigen. Der Mietpreis wird aber nur aus den abgeschlossenen Mieten der vergangenen vier Jahren errechnet. Da nun in den vergangenen Jahren die Mietpreise explodiert sind, ist der Mietspiegel ebenso nach oben geschneit, weshalb eine Mietpreiserhöhung auf 10% irritierend klingt, da es sich in Wirklichkeit immer noch um Erhöhungen von über 50% handeln kann. Das hat nichts mit einem Mietpreisbremschen zu tun, nein, das ist ein Mietpreisbeschleuniger im Namen der Immobilien-Lobby.

Die kleineren Ausnahmen umfassen sämtliche Neubauten. Hier kann frei nach Gutsherrenart abkassiert werden. Darüber hinaus sollen beschlossene Regelungen des Bundeskabinetts nur in Gebieten mit „angespanntem Wohnungsmarkt“ gelten. Welche Wohnlagen das dann konkret betrifft, sollen die Bundesländer selber entscheiden, müssen sie aber gar nicht, da sie nicht verpflichtet sind, dieses Mietpreisbremschen einzuführen. Das hängt ausschließlich von den Landesregierungen ab. Unter einem bundesweiten Mieterschutz für Mieterinnen und Mieter, wie es das Bundeskabinett verkündet hat, stelle ich mir allerdings etwas anderes vor.



Foto: GG-Berlin / pixelio.de

Bei den ganzen Ausnahmen des Mietpreisbremschens, ist die Einführung des Bestellerprinzips noch das einzig erfreuliche für Mieterinnen und Mieter. Bisher mussten Mieterinnen und Mieter für die Kosten des Maklers aufkommen, nun aber Immobilienbesitzer und Vermieter. Durch die erwähnten Ausnahmen können aber die durch Makler entstandenen Mehrkosten durch Mieterhöhungen wieder ausgeglichen werden. So wird aus dem Mietpreisbremschen ganz schnell ein Mietpreisbeschleuniger.

Im Wahlkampf waren CDU/CSU und SPD zu hohe Mieten für Mieterinnen und Mieter noch ein Anliegen. Nun, ein Jahr nach der Wahl, haben sie entweder ihre Wahlversprechen vergessen, oder sie sind kläglich vor der Immobilien-Lobby eingeknickt. Eine echte Mietpreisbremse für Mieterinnen und Mieter, wie sie seit Jahren von der LINKEN und Mietervereinen gefordert wird, wäre die Lösung gewesen, die unzumutbaren Zustände auf dem Mietenmarkt

zu ändern. Es darf keine Mieterhöhung nur aufgrund von Wiedervermietung geben und Mieterhöhungen nur maximal im Rahmen des Inflationsausgleichs. Gleichzeitig muss der soziale Wohnungsbau wieder angekurbelt werden und der Mietspiegel so reformiert werden, dass er die Durchschnittsmieten abbildet und nicht die Mieterhöhungen der letzten Jahre.

MdB Caren Lay ist
verbraucherpolitische
Sprecherin
von DIE LINKE im
Bundestag



Zur aktuellen Debatte im Bundestag ein Gastbeitrag von Caren Lay, in der nächsten Ausgabe wie gewohnt der Beitrag von Tilo Kießling.

Magnus Hecht, langjähriger Scheune-Vorstand und kreativer Linker im Gespräch mit Max Kretzschmar

Lebendigkeit jenseits des gepflegten Musealen

Magnus, Du bist zum 2. Vorsitzenden der LiveKomm wiedergewählt worden, erst einmal herzlichen Glückwunsch an Dich! Für alle, die LiveKomm nicht kennen: Was ist das für ein Verband, wofür setzt er sich ein?

Die Live Musik Kommission, (kurz LiveKomm) ist der Bundesverband der Musikspielstätten, also der Live-Musik-Clubs, sowie kleinerer Festivals. Wir haben mehr als 350 Mitglieder, von der großen Bühne in der bayrischen Provinz bis zum Jazzkeller in der Hauptstadt. In einen Mitgliedsclub dürfen maximal 2.000 Besucher rein passen. Die LiveKomm-Mitglieder veranstalten zusammen mindestens 50.000 Shows im Jahr und machen damit einen Umsatz von über 100 Mio Euro. Wir sind aber kein reiner Wirtschaftsverband, sondern die meisten Spielstätten begreifen sich als Kulturbetriebe. Kultur- und Wirtschaftspolitik werden durch den Verband bearbeitet. Die Themen sind dabei z.B. Abgaben, Umsatzsteuer, Lautstärke-Emission, Ausbildungsangebote, Stadtentwicklung, Forschung und Fortbildung.

Auf der Ebene unterhalb des Bundes gibt es dann die entsprechenden Landesverbände oder Regionalnetzwerke. Oberhalb gibt es einen europäischen Dachverband. Die LiveKomm ist der größte Verband seiner Art in Europa.

In den letzten Jahren hatten vor allem Clubs in Deutschland mit der GEMA zu kämpfen. Was hat sich in der Clublandschaft in den letzten Jahren verändert und welche Aufgabe übernimmt hierbei die LiveKomm?

Die Clublandschaft kämpft ständig. Kreativität braucht immer auch mindestens ein bisschen Subversion. Ändern sich aber die Rahmenbedingungen, verändert sich sofort die Kalkulation eines Clubbetreibers. In diesem Zusammenhang ist z.B. die technische Umwälzung hin zum Digitalen bei Ton- und Lichttechnik von den meisten Clubs nicht aus eigener Kraft nachzuvollziehen.

Die GEMA bleibt ein großes Thema. Und es geht auch immer mehr um europäische Einflüsse auf unsere Produktionsbedingungen. Eine Lärmschutzrichtlinie für Innenräume, die ein zünftiges Metal-Konzert unmöglich machen würde, wird von uns natürlich bekämpft.

Gerade Dresden ist ja musikalisch stark von der Hochkultur geprägt, das willst Du ändern, oder?

Ja, das kulturelle Erbe ist natürlich wichtig und in Dresden allgegenwärtig. Ich fordere eine Anerkennung der Pop-Kultur und speziell natürlich der Populärmusik. Dazu gehört auch das Verständnis für die Wirksamkeit einer guten Clubkultur. Wir möchten keine Steine in den Weg gelegt bekommen und wir müssen bei Stadtplanung mitgedacht werden. Dresden ist attraktiv für junge Leute und lebenswert. Das



Foto: Fritz Zühlke / pixelio.de

liegt nicht unbedingt am Barock und dem Kreuzchor, sondern an der Uni und der Lebendigkeit jenseits des gepflegten Musealen. Diese Lebendigkeit geht häufig von der populären Musikkultur aus. Orte guter Musik spielen dabei für die Anziehungskraft der Stadt eine wesentliche Rolle. Ein erster Hoffnungsschimmer ist die bundesweite Anerkennung, was in unserer Stadt musikalisch so passiert. Beim aktuellen Spielstättenprogrammpreis der Bundesregierung waren fünf Preisträger aus Dresden mit dabei.

Stichwort Straßenmusik: Für Dresden gibt es seit dem 1. August dieses Jahres die Regelung, eine Sondernutzungserlaubnis beantragen zu müssen, um in der Innenstadt Musik zu machen. Wie ist Deine Meinung zu dieser Reglementierung? Was schlägst Du stattdessen vor?

Die Musikersperspektive verfolge ich natürlich solidarisch. Musiker und Veranstalter sitzen im gleichen Boot. Und Straßenmusik ist notwendig für die Musikkultur und sollte deswegen nicht so restriktiv und kulturlos gehandhabt werden wie es aktuell in der Stadt gemacht wird. Ich erkenne an, dass eine gewisse Regelung der In-

nenstadt gut getan hätte. Hier wurde aber sehr übertrieben. Im Moment ist Straßenmusik in Dresden abgestorben.

Wir haben aber unlängst einen Stammtisch der Musik in Dresden gegründet. Künstler, Veranstalter, Proberäume, Clubs und Bildungsanbieter wollen sich regelmäßig zu übergreifenden Themen aussprechen. Die Straßenmusik wird eines unserer ersten Themen sein.

*Die Kreativwirtschaft ist ja eine relativ junge Branche - welcher politischen Rahmenbedingungen bedarf es, um Kreativen und Musiker*innen im speziellen gerecht zu werden?*

Die Ansprache der Kreativen durch Verwaltung und Politik ist besonders schwierig. Die meisten arbeiten als Freiberufler oder Solo-Selbstständige. Diese Unorganisiertheit ist auch ein großes wirtschaftliches Problem, da kein gemeinsames Auftreten erfolgt. Das betrifft im besonderen Maße die teilweise unwürdigen Produktionsbedingungen und die unzureichende Bezahlung in der Branche.

Ich würde also Netzwerkförderung vorschlagen, um die Szene selber zu besserer Koordination, zur Senkung von



Magnus Hecht

seit 2003: Kulturberater
seit 2007 leitet Magnus den scheune e.V. - Das Kulturzentrum in der Neustädter Alaunstraße
2005 bis 2009: Schaubudensommer
Seit 2012: Veranstalter des Philosophie-Festivals Dresden
DENKFIGUREN

Am 30. Mai 2012 gründeten 25 Vertreter aus 11 Bundesländern für über 600 Spielstätten die LiveKomm als Interessenvertretung und wählten Magnus zum 2. Vorsitzenden des Dachverbands

Transaktionskosten und zur Wahrung ihrer eigenen Interessen zu bringen.

Außerdem ist nach wie vor viel Beratungs- und Aufklärungsbedarf vorhanden. Kreativwirtschaft ist nicht automatisch positiv zu sehen. Viele Kreative leisten als Prototypen von Ausgebeuteten im postfordistischen Kapitalismus gute Arbeit.

Trotzdem erkenne ich in der Kreativwirtschaft auch nötige Ansätze linker Wirtschaftstheorie und später auch -politik.

Deine musikalischen Visionen für Dresden: Wie stellst Du Dir Dresden 2020 vor?

Die gesellschaftliche ist eine Tochter der ästhetischen Revolution, sagt Rancière. Ich hoffe, dass die Populärmusik ihren Teil dazu beiträgt, die Verhältnisse in unserer Stadt zu ändern. Insgesamt ist es sicher so, dass die Grenzen zwischen kulturellem Erbe, also der Klassik etc. und Jazz, Rock und Pop sowie Elektro verschwinden werden. Dadurch wäre auch der Unterschied zwischen U- und E-Musik nicht mehr vorhanden. Es gäbe keine Hoch- und Subkultur mehr.

Stoppt TTIP und CETA!

von Katja Kipping

Schon seit Mitte 2013 verhandeln die Europäische Union und die USA über ein Transatlantisches Freihandelsabkommen, das das sogenannte „TTIP“. Ziel ist es, den größten Handelsraum der Welt zu schaffen. Das soll insbesondere durch eine Angleichung und Aushöhlung unter anderem von Arbeitsschutzrechten, Finanzmarktregeln, Sozialstandards, Umweltschutzvorschriften oder des Verbraucherschutzes passieren. Auf den Verhandlungstisch kommt alles, was als „Hemmnis“ für eine Profitmaximierung internationaler Konzerne angesehen wird.

Ein Skandal ist das Abkommen auch, weil es geheim verhandelt wird, angeblich um den Verhandlungserfolg nicht zu gefährden. Und die Dokumente sollen nach Abschluss der Verhandlungen noch 30 Jahre lang nicht für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Selbst Abgeordnete des Europäischen Parlaments oder der nationalen Parlamente haben keinen oder nur einen äußerst beschränkten Zugang zu den Beratungsunterlagen. Ganz im Gegensatz zu Konzernlobbyisten, die umfangreich in die Verhandlungen eingebunden sind.

Allerdings zeigt schon das Wenige, was aus den Geheimverhandlungen bekannt geworden ist, dass das TTIP eine große



Foto: Uwe Hicksch

Gefahr für die Demokratie darstellt. So sollen auch sogenannte Investitionsschutzabkommen und private, nicht demokratisch legitimierte Schiedsgerichte geschaffen werden. Das heißt im Klartext, dass Freihandelsabkommen die Großkonzerne vor demokratischen Entscheidungen schützen, indem sie ihnen die Möglichkeit geben, bei „Diskriminierung“ bzw. „direkter und indirekter Enteignung“ die EU-Staaten bzw. die USA zu verklagen. Verhandelt wird dann im Geheimen von privaten Anwälten und ohne Berufungsmöglichkeit für den Staat. Von solchen Investitionsschutzabkommen mit Konzernklagerechten gibt es schon eine ganze Menge. Bekannt wurden sie hierzulande

unter anderem durch den schwedischen Konzern Vattenfall, der auf Grundlage eines solchen Abkommens die Bundesrepublik Deutschland auf 3,7 Milliarden Euro verklagt. Hintergrund ist, dass der Bundestag den längst überfälligen Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen hat und diese Entscheidung passt nicht in die Geschäftspolitik.

Aber gegen das TTIP und gegen das vergleichbare, aber schon viel weiter vorangetriebene und kurz vor der Ratifizierung stehende Freihandelsabkommen mit Kanada, CETA, regt sich zunehmend Widerstand. So wollte das europaweite Bündnis „Stop TTIP“ kürzlich eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) starten.

Mit einer fadenscheinigen Begründung hat die Europäische Kommission diese nicht zugelassen. Aber davon lassen sich mehr als 240 Organisationen – darunter auch DIE LINKE – aus 21 EU-Ländern nicht abhalten. „Stop TTIP“ will die fragwürdige Entscheidung der EU-Behörde vor den Europäischen Gerichtshof bringen. Und Unterschriften werden trotzdem selbstorganisiert gesammelt. Die Forderungen, das TTIP-Verhandlungsmandat zurückzunehmen und den CETA-Vertrag nicht abzuschließen, bleiben dabei unverändert bestehen. Adressat ist jetzt allerdings nicht nur die Europäische Kommission, sondern auch das Europäische Parlament und der Europäische Rat. Innerhalb eines Jahres sollen so mehr als eine Million Unterschriften europaweit im Internet und auf Papier zusammen kommen.

Offizielle Unterschriftenlisten für die EBI zum Ausdrucken und Vielfältigen liegen inzwischen auch mit LINKE-Logo vor. Sie sind im Internet zum Beispiel auf der Seite der Bundespartei zu finden, aber natürlich auch ausgedruckt in den Geschäftsstellen und LINKE-Büros erhältlich.

Am 11. Oktober findet der europaweite Aktionstag gegen das TTIP-Abkommen statt: DIE LINKE. Dresden ist ab 12 Uhr vor dem aha-Café in der Kreuzstraße dabei!

Bundestagsfahrt auf Einladung von MdB Katja Kipping Auf- und anregende Tage in Berlin

von Birger Höhn

Vom 18. - 19.09. fuhren wir, das sind ich mit Mitgliedern der Selbsthilfegruppe DRESDNER AUTISTEN und Bekannte aus meinem Umfeld, auf Bundestagsfahrt auf Einladung von MdB Katja Kipping. Wir waren Teilnehmer einer größeren Reisegruppe, die insgesamt aus ca. 50 Personen bestand.

Um 07.00 Uhr morgens in der Früh ging es mit einem RVD-Bus vom Dresdner Hauptbahnhof aus los. Um ca. 10.30 Uhr kamen wir in der Hauptstadt an. Erste Station: Mittagessen im Berlin-Pavillon. Anschließend ging es sofort in den Reichstag. Nachdem wir die Sicherheitskontrollstelle ohne größere Vorkommnisse passiert hatten, ging es sofort auf die Besuchertribüne im Plenarsaal. Dort hörten wir einen interessanten Vortrag über die Arbeit und Aufgaben des Deutschen Bundestages, allerdings mit mehreren Abgeordnetenbesuchergruppen zusammen.

Danach kam es zum Abgeordnetengespräch mit Katja Kipping. Die Themen waren genauso vielfältig wie die Zusammensetzung der Besuchergruppe. Es ging um Renten, Hartz 4, UN-Behindertenrechtskonvention, bis hin zu den aktuellen weltweiten kriegerischen Konflikten. Die eine Stunde verging wie im Flug und es hätte sicher noch mehr Gesprächsbedarf gegeben. Danach ging es auf den Dachgarten bzw. die Kuppel, von dem aus wir einen herrlichen Blick bei bestem Wetter über den Bundestag und Berlin genießen konnten.

Abends war dann Einchecken im Hotel und Abendessen angesagt. Es war ein Mittelklassehotel, welches aber nicht nur meiner Meinung nach die vier Sterne, die es ausgewiesen hatte, nicht verdient hat (zwei bis drei Sterne wären in Ordnung gewesen).

Am darauffolgenden Tag ging es auf Stadtrundfahrt per Bus durch das politische Berlin. Wir hatten einen tollen, weil sehr humorvollen, Stadtführer und machten auch Halt an der Gedenkstätte für die Euthanasie-Opfer. Anschließend besuchten wir das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und hörten dort einen Vortrag über Aufgaben und Arbeitsweise des Ministeriums. Auch hier war die Zeit fast zu kurz, um auf alle Themen- und Aufgabengebiete einzugehen. Viele der Fragen bzw. Themen konnten von daher nur am Rande gestreift werden (Kitausbau, Betreuungsgeld, Frauen in Führungspositionen). Nach dem Mittagessen war der letzte Programmpunkt der Besuch des Deutschen Filmmuseums, welches in der Tat sehr sehenswert ist.

Anschließend ging es – gestärkt mit Lunchpaket – auf die Rückreise nach Dresden, wo wir im strömenden Regen gegen 20.00 Uhr ankamen. Insgesamt eine Reise, die sich auf jeden Fall lohnt, und ich kann es jedem politisch Interessierten nur empfehlen, einmal daran teilzunehmen.

Dresdner LINKE beteiligte sich am bundesweiten Aktionstag Drachen statt Drohnen



Hatten viel Spaß bei der Aktion: Bundesvorsitzende Katja Kipping und die Dresdner Landtagsabgeordneten, Stadträtinnen und Stadträte wie Annekatrin Klepsch, Sarah Buddeberg, Yaki Muth, Kerstin Wagner und Jens Matthis ließen gemeinsam mit GenossInnen und Kind und Kegel Drachen, Ballons und ein Einhorn steigen
Foto: Max Kretzschmar

Das wunderbare Sonnenherbstwetter am 3. Oktober bot am Neustädter Elbufer die besten Rahmenbedingungen für die fröhliche Rote-Drachen-Aktion des Dresdner Stadtverbands anlässlich des Aktionstages gegen den militärischen Einsatz von Kampfdrohnen. Mittlerweile werden unbemannte Kampfdrohnen für militärische Einsätze in Krisen- und Kriegsgebieten eingesetzt, wie beispielsweise in Libyen, in Pakistan, Afghanistan und im Jemen. Der Einsatz forderte bereits Tausende von Menschenleben und ist völkerrechtlich umstritten. Auch als Überwachungs- und Unterdrückungsinstrument stellen

Drohnen eine Gefahr für die Zivilbevölkerung dar. Deutschland wird in der nächsten Zeit strategisch eine wichtige Rolle spielen, wenn es gelingen soll, über Proteste der Zivilgesellschaft weltweit eine Ächtung dieser Kampfdrohnen zu erreichen. Während in einigen europäischen Ländern wie Großbritannien oder Frankreich diese Waffen bereits für NATO-Einsätze bereitstehen, setzte die Bundeswehr bisher Aufklärungsdrohnen ein, die sie durch bewaffnete Drohnen ergänzen will. Das gilt es, gemeinsam mit Bürgerrechts- und FriedensaktivistInnen auch künftig zu verhindern.
(Red.)

Unsere Dresdner Landtagsabgeordneten

Ein Blick zurück: Dein Resümee zum Landtagswahlkampf in Dresden?

Ich möchte mich bei allen Mitgliedern sowie unseren Sympathisanten und Sympathisantinnen der LINKEN in Dresden bedanken, die mich im Wahlkampf unterstützt haben, insbesondere aus den Ortsverbänden Prohlis, Leuben und Neustadt/Loschwitz.

Gibt es bereits Vorhaben und inhaltliche Schwerpunkte in der Fraktion?

Der erste große Kraftakt sind die Haushaltsverhandlungen für den sächsischen Doppelhaushalt 2015/2016, in denen wir unsere alternativen Ansätze zur Landespolitik der Staatsregierung in Änderungsanträgen verdeutlichen müssen.

Aus linker Sicht gibt es in nahezu allen Politikfeldern Handlungsbedarf. Ich möchte hier einige Themen nennen, die mir besonders am Herzen liegen. Die Verbesserung des Kita-Betreuungsschlüssels ist dringend, die Einstellung von genügend LehrerInnen und die Weiterentwicklung von Schule im Hinblick auf Inklusion und Schulsozialarbeit sowie die Stärkung der Studentenwerke und eine andere Hochschulpolitik sind Schwerpunkte im Bildungsbereich.

Im Kulturbereich wird gegenwärtig das Sächsische Kulturraumgesetz evaluiert, auch dort sehe ich Handlungsbedarf hinsichtlich der Demokratisierung der Kulturräume. Desweiteren müssen wir uns mit den Existenzbedingungen der Künstlerinnen und Künstler beschäftigen.

Auf welchem Gebiet wirst Du in der Fraktion arbeiten?

In der Landtagsfraktion klären wir gerade, wie eine vernünftige fachpolitische Arbeitsteilung aussehen kann.

Sicher ist, dass ich in den nächsten fünf Jahren vorrangig in den Bereichen Kulturpolitik, Bildungspolitik, sowie Kinder- und Jugendhilfe, sowie in den Landtagsausschüssen für Schule, sowie Wissenschaft und Kultur und im Landesjugendhilfeausschuss arbeiten werde.

Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende bin ich außerdem Ansprechpartnerin nicht nur für Institutionen aus den Bereichen Bildung und Kultur, sondern auch für die Kirchen und Religionsgemeinschaften in Sachsen.

Annekatriin Klepsch



Bürger_innenbüro WIR AG
Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden
Tel.: 0351 - 821 47 93, Fax: 0351-500 61 67
Wissenschaftlicher Mitarbeiter:
Magnus Hecht
bb-klepsch@linksfraktion-sachsen.de
www.annekatriin-klepsch.de

André Schollbach



Wahlkreisbüro „Roter Renner“
Rudolf-Renner-Straße 49, 01159 Dresden
Wissenschaftlicher Mitarbeiter:
Dr. Dirk Wagner
Web: www.linksfraktion-sachsen.de
Mail: andre.schollbach@slf.sachsen.de

Ein Blick zurück: Dein Resümee zum Landtagswahlkampf in Dresden?

Trotz des intensiven und anstrengenden Kommunalwahlkampfes im Frühjahr hat sich der gesamte Stadtverband zur Landtagswahl noch einmal ordentlich ins Zeug gelegt. Im Ergebnis konnte DIE LINKE in Dresden rund 5.500 Stimmen hinzugewinnen und ist erneut zweitstärkste politische Kraft geworden. Das ist positiv zu bewerten. Dennoch muss das Wahlergebnis Anlass für eine kritische Analyse sein. Denn seit 2004 hat DIE LINKE in Sachsen rund 180.000 Stimmen verloren. Vor zehn Jahren erreichte unsere Partei landesweit noch 23,6 Prozent, dann 20,6 Prozent im Jahr 2009 und schließlich lediglich 18,9 Prozent im August 2014. Angesichts dieser Entwicklung wäre es falsch, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Dies wäre der sichere Weg zu weiteren unbefriedi-

gten Wahlergebnissen. Vielmehr bedarf es nun einer kritischen Bestandsaufnahme sowie einer ernsthaften Diskussion über die künftige politische Strategie unseres Landesverbandes. Es bedarf der Beantwortung der Frage, wie DIE LINKE ihre Rolle als Oppositionsführerin im Land wirksam ausfüllen und die doppelt so starke CDU in wesentlichen gesellschaftlichen Fragen herausfordern kann. In den Augen nicht weniger Menschen ist unsere Partei diesen Aufgaben offenbar nur in unzureichender Weise gerecht geworden.

Gibt es bereits Vorhaben und inhaltliche Schwerpunkte in der Fraktion?

Die neue Landtagsfraktion hat seit der Wahl mehrere Fraktionssitzungen durchgeführt und dort erste Weichen für die künftige Arbeit gestellt. So wurden inhaltliche Zuständigkeiten beraten und Arbeitsgruppen gebildet, die nun konkrete poli-

tische Vorhaben vorbereiten. Weiterhin hat sich die Fraktion mit der Entwicklung des politischen Spektrums rechts von der CDU auseinandergesetzt, hier war insbesondere der Umgang mit der AfD ein Thema

Auf welchem Gebiet wirst Du in der Fraktion arbeiten?

Meine Felder werden im Wesentlichen die Kommunalpolitik sowie die Verfassungs- und Rechtspolitik sein. Durch meine langjährige Arbeit im Dresdner Stadtrat habe ich vielfältige Erfahrungen im kommunalpolitischen Bereich sammeln können und als Jurist bin ich auf dem Gebiet des Rechts zuhause. Auf beiden Feldern lässt sich politisch Einiges bewegen. Ich habe bereits einige Ideen entwickelt und verschiedene Vorhaben im Kopf, die ich in den kommenden Monaten anpacken will. Ich gehe mit Freude an die neuen Aufgaben im Landtag.“

Ein Blick zurück: Dein Resümee zum Landtagswahlkampf in Dresden?

Aus meiner Sicht haben wir in Dresden einen beachtlichen Wahlkampf geführt. Wir waren mit Plakaten und Infoständen gut sichtbar. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass viele der älteren Genossinnen und Genossen nicht mehr im gleichen Umfang mitmachen können wie noch vor ein paar Jahren ist das keine Selbstverständlichkeit. Auch war es ja nach Bundestags-, Kommunal- und Europawahl schon der vierte Wahlkampf innerhalb eines Jahres. Positiv ist auch, dass wir einige spannende Veranstaltungen durchführen konnten. Ganz herzlich möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal für die Unterstützung bedanken, besonders bei den Ortsverbänden Plauen und Prohlis sowie bei der Linksjugend und der Efa-Gruppe.

Gibt es bereits Vorhaben und inhaltliche Schwerpunkte in der Fraktion?

Die parlamentarische Arbeit hat noch nicht richtig begonnen, weil die Koalitionsverhandlungen ja noch laufen.

Diese Zeit nutze ich für die inhaltliche Einarbeitung in mein Themenfeld und zur Vernetzung mit Vereinen und Initiativen, denen ich mich als neue Ansprechpartnerin vorstellen.

Außerdem bin ich ja zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Neben den Beratungen der Fraktionsversammlung und des Vorstandes ist derzeit eine meiner größeren Aufgaben, die neue Regionalstruktur zu koordinieren.

Zu Beginn des neuen Jahres soll die Struktur arbeitsfähig sein, also ist in den nächsten Monaten noch viel zu tun.

Auf welchem Gebiet wirst Du arbeiten?

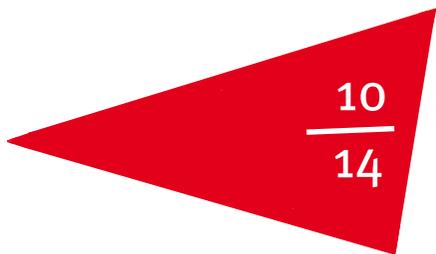
Ich bin mit dem Thema Gleichstellungspolitik angetreten, das ich nun auch in der Fraktion bearbeiten werde. Hier ist mir vor allem die enge Zusammenarbeit mit Vereinen und Initiativen einerseits und mit den Landesarbeitsgemeinschaften LISA und Queer wichtig – schließlich haben wir den Anspruch, dass parlamentarische Politik sich an der Lebenswirklichkeit orientiert und nicht im Elfenbeinturm stattfindet.

Für mein Themenfeld wird vor allem auch die Auseinandersetzung mit den rückwärtsgewandten Forderungen der AfD eine wichtige Herausforderung. Auch wenn Gleichstellungspolitik ein Querschnittsthema ist, das sich durch alle Bereiche zieht, werde ich vor allem im Arbeitskreis Soziales mitarbeiten. Darauf bin ich schon sehr gespannt, schließlich ist Sozialpolitik nach wie vor unser Kernthema als LINKE.

Sarah Buddeberg



Bürger_innenbüro WIR AG
Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden
Tel.: 0351-821 47 92, Fax: 0351-500 61 67
Wissenschaftliche Mitarbeiterin:
Pia Barkow
bb-buddeberg@linksfraktion-sachsen.de
www.sarah-buddeberg.de



DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Oktober 2014

Nach Störfeuer der CDU-dominierten Landesdirektion: Piraten-Stadträte schließen sich der Fraktion DIE LINKE an

Der Versuch der CDU-dominierten Landesdirektion, der neuen Stadtratsmehrheit aus LINKEN, Grünen, SPD und Piraten Knüppel zwischen die Beine zu werfen und diese auseinander zu dividieren, erwies sich als Bumerang: Die Kooperationspartner rückten enger zusammen und die Fraktion DIE LINKE wuchs auf 17 Mitglieder.

von André Schollbach

In der ersten Sitzung des Stadtrates nahm die neue Mehrheit einige Änderungen an der Hauptsatzung vor. So wurden beispielsweise die Ortsbeiräte aufgewertet und mit mehr Rechten ausgestattet sowie das Verfahren zur Besetzung der Fachausschüsse effektiviert. Damit müssen die Ausschussmitglieder jetzt nicht mehr in langwierigen Wahlverfahren gewählt werden, es erfolgt eine unbürokratische Benennung durch die Fraktionen entsprechend ihrer Stärke im Stadtrat.

Dieses neue Verfahren hatte der Sächsische Landtag – dort hat die CDU die Macht – im vergangenen Jahr in der Sächsischen Gemeindeordnung verankert. Nach der Änderung der Hauptsatzung bat die Stadtverwaltung alle Fraktionen, nun ihre Ausschussmitglieder zu benennen, damit die Fachausschüsse arbeiten können.

Doch die CDU stellte zunächst erst einmal auf stur und verweigerte wochenlang die Benennung der ihr zustehenden Ausschussmitglieder. Infolge der damit nicht vollständig vorliegenden Besetzung der Ausschüsse konnte wiederum Oberbür-



Die Chemie stimmt: Dr. Martin Schulte-Wissermann, André Schollbach und Norbert Engemaier (v.l.n.r.) in der Pressekonferenz
Foto: Max Kretzschmar

germeisterin Helma Orosz (CDU) die Ausschüsse nicht einberufen. Dann trat die CDU-dominierte Landesdirektion auf den Plan. Mit wenig überzeugenden Argumenten wurden Teile der Hauptsat-

zungsreform beanstandet, insbesondere die Ausgestaltung des Benennungsverfahrens. Für Rot-Rot-Grün stellte sich nun die Frage, juristisch gegen diese Beanstandung vorzugehen – dies hätte in-

des zu einem langwierigen Rechtsstreit geführt – oder pragmatisch zu agieren und der von der Landesdirektion geäußerten Kritik durch tatsächliches Handeln den Boden zu entziehen. Auf ihrer Klausurtagung in Döbeln entschied sich die Fraktion DIE LINKE einmütig dafür, nicht über das hingehaltene Stöckchen zu springen, sondern die Sache praktisch anzupacken. DIE LINKE lud die beiden Stadträte der Piraten, mit denen es bereits seit der Kommunalwahl eine gute Zusammenarbeit gegeben hatte, dazu ein, Mitglieder der Fraktion zu werden.

Nachdem die beiden Stadträte ihre eigene Partei konsultiert sowie mit den Fraktionen von Grünen und SPD gesprochen hatten, entschieden sie sich, der Fraktion DIE LINKE beizutreten. Dort wurden sie durch einstimmigen Beschluss aufgenommen. Der Versuch der Landesdirektion, die neue Ratsmehrheit auseinander zu dividieren, hat damit genau zum Gegenteil geführt.

www.linke-fraktion-dresden.de

(Nicht-)Alltägliches Geschäft

von Thomas Feske

Die Sächsische Zeitung bescheinigte dem neuen Stadtrat unlängst eine „deutlich effektivere“ Arbeit als dem alten Stadtrat. Das ist seitens der SZ für einen Stadtrat mit rot-rot-grüner Mehrheit wohl die Höchstform des Lobes. Die aktuelle Debatte um eine neue Hauptsatzung, die unter anderem den Ortsbeiräten als Ortschaftsräte mehr Befugnisse gibt, also Demokratie vor Ort stärkt, die etwa die Bildung des Bildungsausschusses vorsieht, um die in Dresden drängenden Fragen der Verteilung von Bildungschancen besser zu diskutieren, zeigt allerdings, dass eine effektive Ar-

beit im Stadtrat nicht von allen gewollt ist. Von Landes- wie auch von kommunaler Seite steht Rot-Rot-Grün unter Beschuss. Die CDU wettet im Stadtrat und die CDU-dominierte Landesdirektion versucht mit juristischen Klimmzügen am Brotkasten, neue zukunftsweisende Beschlüsse rechtlich unmöglich zu machen. Gestaltungsverantwortung wahrzunehmen, das ist offensichtlich ebenso ein Lernprozess wie sie wieder abzugeben. Dass der neuen Mehrheit ersteres besser gelingt als der vergangenen Mehrheit zweiteres, hat zuvorderst mit dem neuen Stil zu tun, den Stadträtinnen

und Stadträte von Rot-rot-grün miteinander pflegen. Aber es hat auch damit zu tun, dass das Projekt R2G, wie es im Polit-Jargon heißt, in und zwischen den Geschäftsstellen der Fraktionen schon jetzt weit gediehen ist. Die Fraktionsgeschäftsstellen treffen sich in einem festen Turnus, bereiten Diskussionsstränge gemeinsam auf, dem Telefonat wird der persönliche Kontakt vorgezogen, Informationen werden geteilt, Sensibilität im Umgang mit Einzelinitiativen groß geschrieben. Ob der Umgang mit der Augustusbrücke, Workshops zur Causa Königsbrücker Straße oder aber

der anstehende Haushalt: Im alltäglichen Geschäftsbetrieb sorgt das interfraktionale vertrauensvolle Miteinander dafür, dass Stadtratsdebatten mit Anlauf vorbereitet werden können, dass auch abseits der politischen Ebene zusammenwächst, was politisch zusammengehört. Nicht umsonst lassen sich rot-rot-grüne Stadträtinnen und Stadträte gemeinsam über den Haushalt unterrichten und nicht umsonst wird die Debatte über dringenden finanziellen Handlungsbedarf in unserer Stadt am Ende eine gemeinsame sein. Die Fraktionsgeschäftsstelle leistet ihren Beitrag, dass das gelingt.

Verkehrsberuhigung der Augustusbrücke

von Tilo Wirtz

Im Frühjahr schlugen die Grünen im Stadtrat mit einem Antrag auf, die Augustusbrücke bereits in den Sommermonaten für den Autoverkehr zu sperren und so eine Verkehrsberuhigung auf der Augustusbrücke und der angrenzenden Sidonienstraße zwischen Schloss und Zwinger zu erreichen. Bei aller Sympathie, handelt es sich doch um ein Anliegen, welches zuerst von Katja Kipping als damalige Verkehrsministerin in der Stadtratsfraktion der PDS um die Jahrtausendwende aus der Taufe gehoben wurde, war das Antragsanliegen der Grünen zunächst nicht zielführend, da die spontane und zeitweilige nicht anlassbezogene Sperrung eines Verkehrszuges schlicht unzulässig ist und sich so der Antrag sachlich als angreifbar erwies.

Antrag als Tiger losgesprungen

Deshalb hatte der Antrag auch mit den zwischenzeitlich zu Gunsten von Rot-Rot-Grün-Piraten verschobenen Mehrheitsverhältnissen in der ursprünglichen Fassung keine Chance realisiert zu werden. Dem Stadtrat wurde deshalb eine geänderte und abgeschwächte Fassung zur Beschlussfassung vorgelegt. Demnach wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, die Voraussetzungen für eine Sperrung der Brücke für den Kfz-Verkehr nach der Sanierung der Brücke zu schaffen sowie zur konzeptionellen Untersetzung einer anschließenden touristischen und kulturellen Nutzung. Außerdem sollen die Bedingungen für Fußgänger und Radverkehr verbessert werden, ohne konkrete Ziele zu benennen. Alles in allem ist der Antrag als Tiger losgesprungen und als Papiervorlage gelandet.



Foto: Tilo Wirtz

In der Debatte das Übliche

In der Stadtratsdebatte wurde das übliche Programm abgespult, betonten die einen die Chancen für eine Fußgängerverbindung vom Hauptbahnhof bis zum Albertplatz und die Vision einer verkehrsberuhigten Zone zwischen Schloss und Zwinger, malten die anderen den Verkehrskollaps an die Wand. Allerdings stimmte im oppositionellen Eifer die CDU noch einen Ergänzungsantrag der SPD nieder, wenigstens noch die Busse der Stadtrundfahrten über die Augustusbrücke zu lassen, was ja eine Aufweichung der Verkehrsberuhigung zur Folge gehabt hätte.

Nüchterne Fakten

Indes sind die Fakten wesentlich nüchterner. Bewältigen die Dresdner Elbbrücken zwischen über 30.000 bis um die 45.000 Kraftfahrzeuge am Tag, die Autobahnbrücke unter 90.000, ist die Augustusbrücke mit um die 5.000 Kfz/Tag weit abgeschlagen und für das Dresdner Verkehrsnetz kaum bedeutend. Dabei hat die Belegung mit Kfz seit Mitte der neunziger Jahre von damals 15.000 Kfz/Tag stetig abgenommen. Derzeit ist die wesentlich wichtigere Albertbrücke vollständig gesperrt und das Dresdner Verkehrsnetz steckt dies weg. Auch ist die Augustusbrücke nicht

gut in das Straßennetz eingebunden, verbindet sie doch lediglich zwei parallel zum Elbufer verlaufende Straßen, während die historischen Nord-Süd-Anbindungen, Georgentor und Hauptstraße, längst Fußgängerzonen sind.

Karlsbrücke für Dresden?

Eine „Karlsbrücke für Dresden“, wie im Antrag pathetisch formuliert wurde, wird eine verkehrsberuhigte Augustusbrücke ohnehin nicht werden, da Straßenbahnen und Taxis sowie Einsatzfahrzeuge die Brücke weiter nutzen sollen. Eine Verbreiterung der Fußwege scheidet aus Gründen des Denkmalschutzes aus. Trotz des also etwa hinkenden Vergleiches mit der Prager Karlsbrücke konnten die LINKEN dem Antrag gut zustimmen, denn wer dächte bei Karl nicht an Karl Marx.

Am besten nicht wieder freigeben

Ohne Aktionismus wird die Augustusbrücke ab dem Jahr 2016 während der geplanten dringend notwendigen Sanierung sowieso gesperrt. Kommt sie anschließend nicht wieder ans Netz, wird es kaum auffallen. Außerdem lassen sich während der Sanierung die Auswirkungen einer Sperrung genau beobachten sowie Kreuzungen und Ampelschaltungen ändern.

Kannibalisierung der Dresdner Kultur?

von Annetrin Klepsch

Seit einem Monat liegt der Haushaltsentwurf der Dresdner Oberbürgermeisterin und ihrer Beigeordnetenriege für die Jahre 2015/2016 vor. Für die Dresdner Kultur offenbaren sich die Probleme im Detail, denn in der Gesamtbetrachtung soll der Geschäftsbereich um etwa 3 Millionen Euro, von 84,1 Mio. Euro im Jahr 2014 auf 87,7 Mio. Euro im Jahr 2015 aufgestockt werden. Einen Teil davon bilden höhere Kosten für das Wach- und Aufsichtspersonal in den Museen und Theatern, da ab 2015 der Mindestlohn zu zahlen ist. Mehr als 2,1 Mio. Euro fließen allerdings bedingt durch Tarifierhöhungen ausschließlich in die Personalkosten der großen städtischen Einrichtungen, während für freie Kulturträger wie Vereine die Entwicklung im TVÖD keine Rolle bei der Haushaltsplanung spielt. Das kommt indirekt und langfristig einer Kürzung gleich, denn wenn Personalkosten und Sachkosten überall und kontinuierlich steigen, stehen die Kulturschaffenden vor der Frage, ob sie vom stagnierenden Zuschuss weniger Kunst finanzieren oder ihre Beschäftigten untertariflich bezahlen sollen.

Eine bittere Pille für die städtischen Kulturbetriebe wie Stadtmuseum, Technische Sammlungen, Philharmonie, TJK, Operette und Jugendkunstschule ist die Tatsache, dass der Haushaltsentwurf



Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

jenseits der Personalkosten nicht nur das Niveau von 2013 zugrunde legt, sondern die seit damals erfolgte Sachkostensenkung fortschreibt, wodurch weiterhin weniger Geld für künstlerische Arbeit zur Verfügung steht. Umso fragwürdiger ist es, wenn nun die Zahlen schwarz auf weiß bestätigen: Mit der Wiedereröffnung des umgebauten Kulturpalastes

wird der Zuschussbedarf an die Dresdner Philharmonie und die Musikfestspiele für die gemeinsame Bespielung steigen. Bereits für die Jahre 2015/2016 fallen zudem die Kosten für die Interimsspielstätten der Philharmonie im Albertinum und im Schauspielhaus mit 215.000 Euro höher pro Jahr aus als erwartet, was den anderen Kultureinrichtungen finanzielle Mittel entzieht, die beispielsweise in der Kommunalen Kulturförderung der Vereine wie dem Heinrich-Schütz-Konservatorium fehlen.

Kurz vor Redaktionsschluss ließ die Rathauspitze verlauten, man wolle das kürzlich angepriesene Bach-Fest im Jahr des Kreuzchorjubiläums 2016 doch nicht wie geplant finanziell mit 250.000 Euro unterstützen und den dazu erst im Frühjahr 2014 gefassten Stadtratsbeschluss aufheben. Denn parallel hatte die Oberbürgermeisterin auch dem Kreuzchor insgesamt 400.000 Euro für das Jubiläumsvorhaben versprochen, ohne beides finanziell untersetzen zu können. Gegenwind erzeugt offenbar Bewegung. Die Debatte um die Ausgewogenheit und Verteilungsgerechtigkeit der Finanzierung von Kultur ist in den nächsten Monaten zu führen.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Jacqueline Muth, Annetrin Klepsch, Tilo Wirtz, Thomas Feske, Norbert Engemaier, Dr. Martin Schulte-Wissermann, Cornelia Eichner, Jens Matthias
Fotos: pixelio.de, Tilo Wirtz, Max Kretzschmar
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 05.11.2014
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare

Zusammenrücken, wenn draußen die Gischt schäumt

von Norbert Engemaier und Dr. Martin Schulte-Wissermann

Am 23. September fiel die beiderseitig einstimmige Entscheidung, dass wir zwei Piraten uns der Fraktion DIE LINKE anschließen. Dieser Schritt war notwendig geworden, nachdem die Landesdirektion die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung von RGRO in einem wesentlichen Punkt verhindert und so die Arbeitsfähigkeit der Kooperation als ganzes und insbesondere die der beiden Piraten in Frage gestellt hatte.

Konkret ging es in einem ersten Schritt darum, nicht durch einen Rechtsstreit etwa mit der Landesdirektion die Ausschussbildung des Stadtrates zu verzögern und gleichsam zu bewirken, dass uns die Mitarbeit in den Gremien möglichst ist. Die Landesdirektion ist offenkundig kein Freund der neuen Mehrheiten. Aber große, akute Probleme bedürfen großer und zeitnaher Lösungen. Und so haben wir mit unserem Beitritt zur Fraktion DIE LINKE gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe erschlagen:

- Die neue linke Mehrheit ist sofort einsatzfähig und muss nicht durch ein evtl. mehrjähriges und lähmendes juristisches Verfahren (welches wir jedoch wahrscheinlich gewonnen hätten). Neben Haushalt und den gemeinsam vereinbarten Punkten gibt es sehr viel in Dresden zu tun: Es gibt sehr viel aufzuräumen, nach 24 Jahren CDU!

- Wir vermeiden wohl einen Großteil der noch zu erwartenden "Knüppel", die formal RGRO von der Landesdirektion in die Beine geworfen werden könnten. Nun ist die tägliche Arbeit, die Hilfe aus der Geschäftsführung, das Nutzen von Räumen und die Teilnahme an Fraktionssitzungen ein für allemal geklärt und juristisch wasserdicht.



Foto: Max Kretzschmar

Setzen bereits in der ersten und zweiten Sitzung des neuen Stadtrates kluge fachpolitische Akzente: DIE PIRATEN bringen eine frische Brise in die Dresdner Kommunalpolitik

- Wir Piraten sind nun Teil der Fraktion DIE LINKE. Dies bedeutet, dass die Kommunikationswege und die Gremienarbeit effizienter und kompakter geführt werden kann, als wenn wir einzelne (fraktionslose) Stadträte wären. Und die gemeinsame Arbeit bereits in der ersten Woche gibt diesem Recht: Eins plus Eins ist manchmal mehr als zwei.

- Im Wesentlichen wächst hier (kommunalpolitisch) zusammen, was zusammen passt. Die Wahlprogramme von DIE LINKE und den PIRATEN gehen in großem Umfang in die gleiche Richtung. Ob bei klassischen Themen von DIE LINKE wie "neue WOBA", "Ausweitung des Sozialticket", die Förderung von "dezentraler und kleinteiliger Versorgungsstruktur", oder bei eher piratigen Themen wie "Transparente Stadtpolitik", "politischer Teilhabe" und "konsequente Lobbyismusbekämpfung" ... bei all diesen Themen können wir uns gegenseitig stärken und inspirieren.

Erwähnt werden muss jedoch, dass wir mit diesem Schritt schmerzlich auf etwas ganz wichtiges verzichten: der Name "DIE PIRATEN" ist nicht Teil des gemeinsamen Fraktionsnamens. Wir Piraten respektieren aber auch die Spielregeln und die Wahlergebnisse, und wer knapp 4% holt, ist halt eben kleiner als eine Partei, die fast 20% erreicht und zweitstärkste Fraktion im Stadtrat ist. Aber auch innerhalb der Fraktion DIE LINKE bleiben wir Piraten PIRATEN und damit eigenständiger Teil der RGRO Kooperation. Manches ist jetzt anders, fast alles ist besser.

Wir freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren. Wir freuen uns auf viel politischen Input von Euch. Insbesondere freuen wir uns auf Diskussionen mit der LINKEN Basis und falls es hier oder da mal ein Problem gibt: Fragt oder kontaktiert uns!

... manchmal ist Eins plus Eins mehr als Zwei.

VORGESTELLT

Norbert Engemaier

Wiss. Mitarbeiter an der TU Dresden



Stadtrat für den Wahlkreis 11 Coschütz/Gittersee Plauen, Löbtau, Naußlitz

Mitglied in: Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften, Petitionsausschuss

Dr. Martin Schulte-Wissermann

Physiker an der TU Dresden



Stadtrat für den Wahlkreis 2 Neustadt, Leipziger Vorstadt und Albertstadt

Mitglied in: Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau, Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft

CDU-Stadtrat Dr. Brauns ruft zu Widerstand gegen André Schollbach auf

In der vergangenen Stadtratssitzung kam es zu vorgerückter Stunde zum Eklat. Einmal mehr im Mittelpunkt: CDU-Stadtrat Dr. Hans Joachim Brauns, Richter am Landgericht Dresden. Dieser war bereits in der Vergangenheit mit wüster Beschimpfung eines LINKEN-Stadtrates in Erscheinung getreten.

von Max Kretzschmar

Die neue rot-rot-grüne Mehrheit im Stadtrat hatte einige wesentliche Änderungen an der Hauptsatzung der Stadt Dresden vorgenommen. So wurden etwa die Rechte der Ortsbeiräte gestärkt und das Verfahren zur Besetzung der Fachausschüsse effektiver gestaltet. Einige Änderungen passten der CDU nicht. Und prompt schritt die unter der Kontrolle der CDU stehende Landesdirektion ein und beanstandete mit zum Teil kruden Argumenten die neue Hauptsatzung. Dazu erklärte André Schollbach, Fraktionschef der LINKEN: „Wir haben von vornherein erwartet, dass die CDU mit allen Mitteln versuchen wird, unsere Reformvorhaben zu blockieren und zu verhindern. Dass sie dazu auch auf die von ihr dominierte Landesdirektion zurückgreift, ist wenig überraschend. Doch davon lassen wir uns nicht beeindrucken.“



Foto: Max Kretzschmar

Diese Aussage nahm CDU-Stadtrat Dr. Hans-Joachim Brauns allen Ernstes zum Anlass, im Stadtrat zum Widerstand gegen André Schollbach aufzurufen. Brauns rief puterrot im Gesicht und mit sich überschlagender Stimme vom Rednerpult aus in den Saal hinein: „Herr Schollbach, gegen solche Leute wie sie, die ein solches Geistes Kind haben, gibt

es das Recht auf Widerstand. Und ich sage das ganz bewusst hier: Möge es die Geschichte geben, dass solche Leute wie sie nie an die Macht kommen. ... Das, was an geistigen Strukturen, an Haltung dahinter steht, meine Damen und Herren, ich sage es nochmal, da gibt es im Grundgesetz das Recht auf Widerstand. Und ich lege auch Wert darauf, dass das

in's Protokoll kommt. ... Herr Schollbach ich komme langsam zu dem Eindruck, bei ihrem Verfolgungswahn wird's pathologisch. Geh'n Sie mal zum Arzt!“

In Artikel 20 Abs. 4 Grundgesetz ist mit Bezug auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung geregelt: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Stadtrat Dr. Brauns war bereits in der Vergangenheit durch die Beschimpfung von LINKEN-Stadtrat Tilo Wirtz in Erscheinung getreten. Diesem hatte er in einer Stadtratssitzung quer durch den Saal zugebrüllt: „Dir sind sie wohl mit dem Pflug durch's Gehirn gefahren?!“

KOLUMNE

ganz hinten links



von Jens Matthis

„Wenn der Topf aber nun 'n Loch hat, lieber Heinrich, lieber Heinrich?“

„Stopf es zu, liebe, liebe Liese, liebe Liese, stopfs zu!“

„Womit soll ich's aber zustopf'n, lieber Heinrich, lieber Heinrich?“

„Nimm Stroh, liebe, liebe Liese, liebe Liese, nimm Stroh!“....

Sie wissen, dass es nie enden muss, wenn man nur lange genug beim Singen Geduld hat. Daran fühlte ich mich beim Start des neuen Stadtrates erinnert.

Erst konnte er nicht zusammenkommen, weil die Oberbürgermeisterin sehr viel länger als alle anderen in Sachsen das Wahlergebnis prüfen musste. Im Mai gewählt, fand schließlich im September die erste Sitzung statt. Hier wollten nun die Oberbürgermeisterin und die CDU plötzlich ganz schnell den neuen Haushaltplan beraten. Was sie nicht wollten, war, über die Geschäftsordnung des neuen Stadtrates reden. Also setzte die OB diese erst gar nicht auf die Tagesordnung. Weil sie nicht auf der Tagesordnung stand, konnte sich die CDU natürlich nicht darauf vorbereiten und wollte alles zunächst in den Ausschüssen behandeln. Um diese zu bilden, hätte es wiederum Hauptsatzung und Geschäftsordnung gebraucht. Also konnte es nicht in den Ausschüssen behandelt werden, weshalb die CDU leider auch in der zweiten Sitzung Ende September nicht vorbereitet war. Weil der Landtag im Frühjahr mit CDU/FDP-Mehrheit für die Bildung der Ausschüsse das minderheitenunfreundliche D'Hondt-Verfahren vorgeschrieben hat, wären in den bisherigen Ausschüssen mit 11 Mitgliedern die FDP nicht mehr vertreten gewesen. Für diese musste auf 15 Mitglieder aufgestockt werden. Das brachte aber auch der CDU einen Sitz je Ausschuss mehr. Darauf war sie nun aber gar nicht vorbereitet. Deshalb konnten die Ausschüsse auch nicht gebildet werden. Nun sind sie endlich gebildet. Nun leider kann die Oberbürgermeisterin, für die die Beratung des Haushaltes ganz dringend ist, die Ausschüsse im Oktober nicht einberufen, weil da gerade Ferien sind. Nach Gerüchten sollen sie nun im November zusammenkommen, ein halbes Jahr nach der Wahl. Der Haushalt muss im Dezember beschlossen sein.

„LiebeLiese... wirmachenesselbst“

PS: Nächstes Jahr sind OB-Wahlen!

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Der neue Bildungsbericht

Kommunale Herausforderungen

von Cornelia Eichner

Vor wenigen Tagen erschien der zweite Bildungsbericht. Verfasst wurde er vom Bildungsbüro, welches Ende des Jahres letztmalig seine Türen schließen soll, da hier, in Dresden, die Bundes-Initiative „Lernen vor Ort“ ausläuft. Wenn ein Projekt endet, hofft man eigentlich, dass dies geschieht, weil seine Aufgaben und Aufträge erledigt sind. Mitnichten ist dies der Fall. Die Arbeit hat gerade erst begonnen. Sicher hat sich seit Erscheinen des ersten Bildungsberichtes einiges getan.

Die hauptsächlichen Herausforderungen sind jedoch geblieben und haben nichts an Brisanz verloren. Der Bildungsstand bleibt abhängig von der sozialen und kulturellen Herkunft eines Menschen. So ist im Bildungsbericht zu lesen, dass es in Gebieten mit erhöhtem Förderbedarf weiterhin erhöhte Entwicklungsauffälligkeiten gibt, dass es mehr Förderempfehlungen gibt, dass weniger Kinder ans Gymnasium überwechseln, dafür mehr Kinder Rückstellungen erfahren müssen. Nach wie vor ist die Zahl der Jugendlichen, die höchstens einen Hauptschulabschluss erreichen, in Sozialräumen, die besonders belastet sind, doppelt so hoch wie in jenen, die kaum belastet sind. Menschen mit Migrationshintergrund haben noch immer wesentlich geringere Chancen, gute Schul- und damit auch Berufsabschlüsse zu erlangen. Nachwievor bleiben sieben Prozent der Dresdner und Dresdnerinnen ohne beruflichen oder Hochschulabschluss.



Foto: Lupo / pixelio.de

Noch immer erhält ein Fünftel aller Dresdner Kinder Unterstützungen aus dem SGB-II-Bereich. Vor allem trifft dies in Dresdner Regionen zu, die durch den Bildungsbericht als Entwicklungsraum 2 mit überdurchschnittlichen sozialen Problemen oder gar als Entwicklungsraum 1 mit starken sozialen Problemen gekennzeichnet werden - und so die Erkenntnisse des Berichtes, immer auch durch einen wesentlich niedrigeren Bildungsstand. Böse Zungen reagierten kurz nach Erscheinen des Berichtes öffentlich mit lapidaren Aussagen wie „Das liegt am Elternhaus, die wollen das nicht.“ Und: „Das hat nichts mit Armut zu tun, nur mit Unwillen der Eltern.“ Wir alle wissen, dass dieses Denken dem Verhalten des Vogel Strausses gleicht, der seinen Kopf in den Sand steckt. Der Bildungsbericht stellt eindeutig dar, dass niedriger Bildungsstand sowie geringere Wahrscheinlichkeit eines sinnbringenden beruflichen Abschlusses

fast immer einhergehen mit Lebenslagen, die von Armut und damit auch von Perspektivlosigkeit geprägt sind.

Der neue Bildungsbericht zeigt uns also diverse Baustellen auf, die es zu bearbeiten gilt, um eben diese Perspektivlosigkeit zu korrigieren und eine positive Bildungsentwicklung zu ermöglichen: Der Erhalt des Bildungsbüros, die Weiterarbeit des kommunalen Handlungsprogrammes „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“ und des „Kommunalen Handlungskonzeptes Bildung“ sind wesentliche Schritte dazu, aber auch bewusste stadtplanerische Entscheidungen, um einer Ghettoisierung vorzubeugen, sowie die bewusste Entscheidung für eine dauerhafte Etablierung des Gymnasiums Gorbitz mit entsprechender Bildungslandschaft, damit tatsächlich Kinder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern gleichberechtigt Bildungschancen wahrnehmen können.

Netzwerke und Non-profit-Bewegung in Dresden

von Yaki Muth

Dass sich Netzwerke bilden, um der individuellen Einsamkeit in unserer Leistungsgesellschaft entgegenzuwirken, wäre zu kurz gegriffen. Es spielt dennoch eine Rolle. Dinge gemeinsam anpacken, neue Leute kennenlernen und sich in Gruppen zusammenfinden, die sich über ein Projekt oder Sinnzusammenhang definieren. Auch um auf neue Ideen zu stoßen, Neues auszuprobieren, an Aktionen teilzunehmen, hin und wieder an die eigenen Grenzen zu stoßen, Kommunikation zu pflegen und zu üben.

Darüberhinaus dienen Netzwerke dem Zweck, sich zu verständigen über gemeinsame Belange. Hilfe zu finden oder anzubieten, Verbündete zu finden für eigene Projekte oder einfach mal über den Tellerrand zu schauen, was die anderen so machen.

Aktuell geht es oft auch darum, Werte jenseits der Verwertungsgesellschaft zu pflegen und aufrecht zu erhalten. Ressourcen zu teilen, „Nachbarschaft“ weiter zu begreifen als bis zur Wohnungstür gegenüber. Einige der Projekte/Bündnisse/Netzwerke definieren sich als „politisch“, andere explizit als „nicht politisch“, dafür als „non-profit“ („nicht-profit-orientiert“).

Ich habe eine kleine Liste zusammengestellt über Netzwerke in Dresden. Diese Liste ist nicht vollständig und ich kenne lange nicht alle der Aktiven

„In meiner neuen Rolle als Stadträtin werde mich auch weiterhin für den Erhalt von kultureller und soziale Vielfalt sowie für bezahlbare Räume für Initiativen und Kreative in Dresden einsetzen.“

in Dresden. Ich habe dabei versucht, ein möglichst breites Spektrum abzudecken. Vielleicht ist was für Euch dabei oder es regt Euch an, eigene Netzwerke zu gründen. Bildet Banden!

(Falls mir jemand ein weiteres Netzwerk/Projekt/Initiative/Verein vorstellen möchte, schreibt mir bitte eine Email. Ich bin sehr interessiert daran, diese kennenzulernen.)

I(nteressen)G(emeinschaft)-Freiräume: Netzwerk für nicht-profit-orientierte Projekte in Dresden. Ein Zusammenschluss aus ca. 25 Projekten in Dresden, die sich gegen Gentrifizierung und gegen die Verdrängung von non-profit-Projekten einsetzen.

Dresden-im-Wandel: Netzwerk von Projekten, Firmen und Einzelpersonen, die die Welt und unsere Stadt verbes-

sern möchten. Im Vordergrund stehen Nachhaltigkeit und Mitmenschlichkeit.

Bündnis Dresden Nazifrei: ein Zusammenschluss von Projekten zum Widerstand gegen rechten Terror und rechtes Gedankengut.

Gartennetzwerk Dresden: Zusammenschluss von Gemeinschaftsgärten und Initiativen, die die Idee von urbanem Gärtnern und Nachbarschaftlichkeit praktisch umsetzen.

Mieterbündnis Stauffenbergallee: ein noch junger Zusammenschluss von ca. 150 Mieter_innen auf der Stauffenbergallee (DD-Neustadt), deren Häuser von der Gagfah soeben verkauft wurden und die nun fürchten, ihr Zuhause zu verlieren.

Linkliste:

freiraum.fueralle.org
dresden-im-wandel.de
dresden-nazifrei.com
dresden-pflanzbar.de
stauffe.de

muth@dielinke-dresden.de

Fackelmob und Prügel

von Max Schöne

Ist es wirklich DAS was wir geflüchteten Menschen anbieten wollen? Nicht einmal zwei Wochen ist es her, dass die baden-württembergischen Grünen dem sogenannten „Asylkompromiss“ zugestimmt haben, der Sin ti und Roma aus Osteuropa praktisch die Chance nimmt, in Deutschland ihr Grundrecht auf Asyl wahrzunehmen. Jeden Tag schlagen wir Tausenden und Abertausenden hilfesuchenden Menschen entweder die europäische oder deutsche Tür vor der Nase zu. Wir wissen also, dass Menschen auf der Flucht nicht viel von Europa oder gar Deutschland erwarten können.

Nichtsdestotrotz schockieren einen die Bilder, die am 29.10.2014 aus einem Asylbewerber_innenheim in Burbach (Nordrhein-Westfalen) zu sehen waren. Flüchtlinge werden von Mitarbeitern eines sogenannten „privaten Sicherheitsdienstes“ misshandelt und gedemütigt. Es werden Fotos gemacht, die auf erschreckende Weise an Bilder aus Guantanamo Bay oder Abu-Ghrib erinnern. Es erfüllt uns mit Wut und Ohnmacht, solche Bilder zu sehen, doch leider überraschen sie uns nicht. Berichte über solche Misshandlungen gibt es schon länger. Das einzige, was neu ist, ist, dass Bilder an die Öffentlichkeit gelangt sind. Der Grund, warum die Be-



Foto: Andreas Sulz / pixelio.de

dingungen in diesen Heimen so schlecht sind ist, dass die Unterbringung von Geflüchteten zum Geschäft geworden ist. Nicht das Wohl der Menschen, sondern das billigste Angebot entscheidet über den Zuschlag für Aufträge in Asylunterkünften. Wir sind der Meinung, dass fehlendes Geld in diesem Zusammenhang kein Argument sein darf, denn es geht um Menschen und nicht um Zahlen in der Buchhaltung! Allen Bewohner_innen dieser Unterkünfte gehören Sozialarbeiter_innen an die Seite gestellt, anstatt fachferne Schlägertrupps. Außerdem gehört ihnen ausreichend Platz und menschenwürdige Lebens-

bedingungen geboten. Auch eine dezentrale Unterbringung ist unerlässlich. Dann wird auch jeder Ruf nach Sicherheitspersonal nichtig, da jedes Konfliktpotential schon im Vorfeld zerstreut ist.

Wir werden uns mit den momentanen Zuständen für Flüchtlinge niemals abfinden. Unsere Solidarität gilt allen Geflüchteten und jedem Menschen der sich auf der Flucht befindet oder befinden wird.

**Kein Mensch ist illegal!
Bleiberecht überall!**

Refugees welcome?

von Max Pagenkopf

Am 26. September war der „Tag des Flüchtlings“. Nach dem, was im September im Bundesrat passiert ist, sollte dieser Tag eigentlich mehr im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Letzte Woche ist der sogenannte Asylkompromiss beschlossen worden. Doch was bedeutet das genau? In den Medien war hauptsächlich zu hören, dass nun Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu sicheren Drittstaaten erklärt werden. Oft hört man auch da, dass wir von „Armutsfüchtlingsen überschwemmt werden“. Das hält jedoch einer wissenschaftlichen Überprüfung der Zahlen nicht Stand und ist nichts weiter als rechtspopulistische Propaganda. Besonders in den von nun an „sicheren“ Drittstaaten sind LGBT-Aktivist_innen, sowie Roma Unterdrückung, Stigmatisierung und offener Diskriminierung Seitens der Mehrheitsgesellschaft, struktureller Ausgrenzung und Abwertungen ausgesetzt. Dies führt zu einem massiv verschlechterten Zugang zu Ausbildungen, Arbeitsplätzen, Gesundheitsversorgung und sozialer Teilhabe an der Gesellschaft, sowie Teils menschenunwürdigen Wohnverhältnissen.

Allerdings wurden ja auch einige „Erfolge“ errungen. Dies feiern viele wie die Zeit als einen Erfolg und weisen die Kritik an den Baden-Württembergischen Grünen zurück, die das Gesetz mit verabschiedeten. Das sehen wir und viele anders, denn der Fehler steckt im Detail.

Die Abschaffung der Residenzpflicht

Die Residenzpflicht legt fest, dass Asylsuchende sich nur in einem bestimmten



Foto: Initiative Echte soziale Marktwirtschaft / pixelio.de

Umkreis um Ihre Unterkunft aufhalten dürfen. Damit werden auch Versuche des Besuchens von Verwandten und Freunden in anderen Städten kriminalisiert. Allerdings wurde die Residenzpflicht bereits in vielen Bundesländern, liberalisiert bzw. schon ganz abgeschafft – nur in Sachsen und Bayern nicht. Ein Wechsel der Aufenthaltsregion kommt auch mit dem Gesetz nur bei erheblichen persönlichen Gründen in Betracht.

Lockerung des Arbeitsverbotes

Es bleibt immer in dem Ermessen der Ausländerbehörden, ob eine Arbeitserlaubnis erteilt wird. Ebenso gelten Ausnahmen für Geduldete, für die Jugendlichen unter ihnen ein Ausbildungsverbot. Außerdem würde am sogenannten Vorrangprinzip nichts verändert, d.h. Migrant_innen werden gegenüber Staats- und EU-Bürger_innen immer noch strukturell beim Zugang zum Arbeitsmarkt diskriminiert.

Abschaffung des Sach-Leistungsprinzips

Auch dass den Asylsuchenden nicht mehr Essensgutscheine, und Gutscheine für Drogerieartikel ausgegeben werden, sondern Bargeld ausgezahlt wird, wurde bereits in vielen Ländern durch breiten Protest ermöglicht und bleibt auch immer noch Ländersache. Außerdem: Wussten Sie, dass einem Asylsuchenden gerade einmal 6 m² per Gesetz zusteht? Weniger, als einem Hund im Zwinger oder als einem Straftäter im Gefängnis zusteht. Sollen wir also wirklich dieses Gesetz hochloben?

Dazu erklärte Martina Ulbig, Mitglied der Linksjugend [solid] Dresden: „Dieser sogenannte Kompromiss ist nicht das Papier wert auf dem er steht. Er führt dazu, dass vor allem schutzbedürftige Roma, aus den genannten Balkanländern, gegen andere Migrant_innen ausgespielt werden. Es wird der Versuch unternommen Geflüchtete in Kategorien nach gut und falsch zu unterteilen, um so vor allem Roma leichter abschieben zu können. Es reicht eben nicht, wenn Balkanstaaten Roma nicht mehr verfolgen, sondern Minderheiten müssen immer einen Schutz des Staates genießen, so lang massive Vorurteile und schlimmeres in der Gesellschaft vor Ort existieren. Kompromisse, die keine echte bzw. zeitlich begrenzte Erleichterung für Geflüchtete enthalten verdienen diesen Namen nicht. Alle beschlossenen sogenannten Erleichterungen werden meist längst seit Jahren in der Verwaltungspraxis durchgeführt, Teils auf Grundlage von Landesgesetzen.“

KOLUMNE

Soll das schon das Ende sein?

von Franziska Fehst

In Brandenburg warb DIE LINKE mit einem Wahlwerbespot, bei dem ein tapferer Ritter eine holde Maid mittels roten Pulvers vor einem Drachen rettet. Sie küssen sich. ENDE.

Oder doch nicht? „Warum sollt es das Ende sein, wenn das Beste erst noch kommt?“ steht dann geschrieben. In Sachsen sind wir weit entfernt von einem Herrschafts-Ende der Konservativen und Rechten. Als die NPD mit fast 10 % in den sächsischen Landtag einzog, war der Aufschrei groß. Nun, eine Dekade später, sind sie (wenn auch nur sehr knapp) nicht mehr im sächsischen Parlament vertreten. Genauso verabschiedet sich nun die FDP nicht nur aus der Regierung, sondern aus dem Parlament.

Doch was sahen viele Sachsen als Alternative? Die Alternative für Deutschland (Sachsen). Nun haben wir noch mehr Drachen zu bekämpfen, die gegen Asylmissbrauch, gleichgeschlechtliche Ehen, das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche u.s.w. hetzen.

Sollen wir uns davon entmutigen lassen? Auf keinen Fall. Viel zu viel gibt es zu verlieren. Und zu kämpfen. Für Menschen, die Asyl suchen, für Inklusion, Gleichstellung, Menschenrechte. Deswegen: Kopf aus dem Sand ziehen, sich über gute Nachrichten, wie das Direktmandat von Juliane Nagel, freuen, rotes Pulver sammeln und die Drachen bekämpfen. Anstatt mit Waffen, mit Worten und Taten. Auch wenn es mehr als eine Dekade dauern wird. Denn: „Ist es nicht gut, kann es verdammt noch mal nicht das Ende sein. Nein!“

*Casper – Ariel aus dem Album Hinterland



Treffen: jeden Di, 18 Uhr, WIR AG
E-Mail: info@linksjugend-dresden.de
Im Netz: www.linksjugend-dresden.de



OKTOBER

09 BürgerInnensprechstunde mit Stadträtin Annekatri Klopsch, MdL

Um Anmeldung unter **0351-8214793** wird gebeten.
ab 16 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

BürgerInnensprechstunde mit Stadträtin Pia Barkow & Maurice Devantier

17 Uhr | Haus der Begegnung | Großenhainer Str. 93

14 Fraktionssitzung

18 Uhr | DIE LINKE-Fraktionsbüro Zimmer 176, 1. Etage | Dresdner Rathaus

15 BürgerInnensprechstunde mit Stadträtin Cornelia Eichner

Gemeinsam mit den Ortsbeirat_innen Manuela Sägner, Heike Krause und Uwe Baumgarten 17 bis 18 Uhr | Wahlkreisbüro | R.-Renner-Str. 49

Domestic Utopias - Eine Geschichte Feministischer Wohnutopien der Moderne

Vortrag und Diskussion mit Felicitä Reuschling, Redakteurin und Autorin, eine Veranstaltung der RLS Sachsen
19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

16 Stadtratssitzung

16 Uhr | Kulturrathaus | Königsstraße 15

21 REIHE: JUNGE ROSA Chancengleichheit, Gleichheit, Gerechtigkeit? Alles das Gleiche?

Vortrag und Diskussion mit Stefan Hartmann, stellvertretender Vorsitzender DIE LINKE. Sachsen, eine Veranstaltung der RLS Dresden
18 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

21 BürgerInnensprechstunde mit Katja Kipping, MdB

Um Anmeldung unter **0351-5006165** wird gebeten.
14 -16 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

29 Das Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus (HKWM)

Vortrag und Diskussion mit Thomas Pappritz, Redaktionsmitglied, eine Veranstaltung der RLS Sachsen
19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

NOVEMBER

04 Was uns bewegt? Das Bild der DDR oder das heute Mögliche

Impulsreferat und Diskussion mit Prof. Dr. Peter Porsch, Moderation: Boris Krumnow, eine Veranstaltung der RLS Sachsen
18 Uhr | Haus der Begegnung | Großenhainer Str. 93

08 Stadtparteitag DIE LINKE. Dresden

Diskussion zum Wahljahr 2014 und Ausblick auf die OB-Wahl, Wahl der 18 Landesparteitagsdelegierten, Wahl der drei VertreterInnen im Landesrat
9:30 Uhr | Schauburg | Königsbrücker Straße

06 BürgerInnensprechstunde mit Stadträtin Annekatri Klopsch, MdL

Um Anmeldung unter **0351-8214793** wird gebeten.
16:30 -17:30 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

11 Bürger_innensprechstunde MdL Sarah Buddeberg

16:00 -17:30 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

18 REIHE: JUNGE ROSA Der Letzte lässt das Licht an – Die Exzellenzinitiative im Rahmen bisheriger Hochschulpolitik

Vortrag und Diskussion mit Enrico Pfau, eine Veranstaltung der RLS Dresden
18 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN

jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore

Ständige Termine im Roter Renner,
Rudolf-Renner-Str. 49

Montag von 15:00-18:00 Uhr
Mittwochs: 15:30-17:30 Uhr
»Offenes Büro«

Nach Vereinbarung
uwe-baumgarten@web.de
Sprechstunde Ortsbeirat

jeden 1. Donnerstag:
Stammtisch ab 15:30 Uhr

HARTZ IV-Beratung im HdB

Jeden Mittwoch
14 bis 17 Uhr
im Haus der Begegnung
Großenhainer Str. 93
Tel.: 0351-8583801

Stadtparteitag

Das Wahljahr 2014 • OB-Wahl 2015

Demnächst im Kino

08.11.2014 • Schauburg • 9:30 Uhr

www.dielinke-dresden.de

Bibliothek der RLS in der WIR-AG
Martin-Luther-Str. 21
Öffnungszeiten:
Dienstag bis Donnerstag
10.00 bis 18.00 Uhr

Neu in der Bibliothek:

Futuring
Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus.
Hrsg. von Michael Brie. Münster 2014, 437 Seiten, mit Beiträgen u.a. von Dieter Klein, Frigga Haug, Bob Jessop, Ulrich Brand, Judith Dellheim

Teil der Lösung Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Buchvorstellung mit Werner Rätz, Attac Deutschland, Ko-Kreis und „AG Genug für alle“

Ronald Blaschke,
Netzwerk Grundeinkommen
Eintritt frei!
Veranstalterin:
LAG BGE DIE LINKE Sachsen

Buch: Ronald Blaschke, Werner Rätz (Hrsg.), Teil der Lösung Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen, Rotpunktverlag Zürich, 2013

17.10.2014 | 20:00 Uhr | Wir AG
Martin-Luther-Straße 21

Sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren wir unseren GenossInnen

Joachim Adolphi, Pieschen
Heidrun Angermann, Pieschen
Horst Arlt, Nord
Vera Arnold, Neustadt
Renate Backhaus, Blasewitz
Nicole Bautzmann, West
Horst Benedix, Pieschen
Renate Berger, West
Lieselotte Binnewerg, Blasewitz
Philipp Blümel, West
Sandy Bormann, Neustadt
Javier Brunet, Pieschen
Gerhard Böhme, Neustadt
Ralf Demmler, Blasewitz
Maurice Devantier, Pieschen
Ursula Dietrich, Neustadt
Stefanie Düsberg, Neustadt
Erich Fränzel, Neustadt
Elfriede Förster, West
Alix Gerbeth
Sascha Glathe, Plauen
Johannes Grahle, Altstadt
Wolf Grohmann, Blasewitz
Hildegard Großmann, Blasewitz
Angelika Gröbe, West
Marlies Grünzig, Nord
Matthias Götze, Neustadt
Erich Gürtler, West
Gisela Hahmann, Blasewitz
Rolf Haser, Plauen

Eberhard Haueis, Plauen
Ottmar Heine, Nord
Thilo Herbert, Neustadt
Hannes Hertwig, West
Helga Hoffmann, Altstadt
Thomas Hoffmann, Neustadt
Marianne Händel, Neustadt
Anita Jaensch, Altstadt
Waltraud Jahn, Plauen
Reingard Jokisch, West
Jens Kempe, Leuben
Martin Keßler, West
Tilo Kießling, Neustadt
Martina Susanne, Klever
Elsbeth Konopka, Blasewitz
Steffen Kosin, Pieschen
Benjamin Kotter, Altstadt
Jenny Kunkel, Altstadt
Christian Köbke, Altstadt
Karl König, Leuben
Eberhard Kühn, Blasewitz
Rosemarie Kühn, Leuben
Wally Lantzsch, Blasewitz
Raja Lentzsch, Nord
Rainer Liebscher, Blasewitz
Elisabeth Linke, Altstadt
Frank Möllenbeck, Leuben
Nam-Anh Nguyen, West
Joachim Obst, Blasewitz
Waldemar Peine, Plauen

Ines Philipp, Neustadt
René Preusche, Prohlis
Ingeborg Raedisch, Nord
Herbert Reller, Altstadt
Manfred Renner, Prohlis
Annelies Richter, Neustadt
Lutz Richter, Blasewitz
Ursula Richter, Blasewitz
Karl-Heinz Rösseler, Altstadt
Josephine Schaar Schmidt
Falk Schiebel, Neustadt
Monika Schmelzer, Nord
Wolfgang Schmidt, Plauen
Gisela Schmiedgen, Leuben
André Schollbach, West
Thomas Schumann, Pieschen
Ilse Schwanbeck, Altstadt
Jürgen Schär, Blasewitz
Andreas Schönherr, Altstadt
Angelika Seifert, Leuben
Jan Stern, West
Christa Thiele, Blasewitz
Helmut Treletzki, Altstadt
Hildegard Türk, Plauen
Alexander Vetter, Leuben
Lothar Wagner, Altstadt
Karin Walther, Nord
Fritz Westphal, Blasewitz
Steffen Zeuke, Prohlis
Helga Zwirner, West

Rosa Luxemburg Stiftung Dresden

Veranstaltungssplitter

Im Oktober und November bietet die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen / AK Dresden wieder ein vielfältiges Veranstaltungsangebot an. Auf zwei Veranstaltungen möchten wir Euch dabei besonders hinweisen.

Am 15. Oktober, 19.00 Uhr begrüßen wir in der WIR-AG ganz herzlich die Kuratorin und Autorin Felicitia Reuschling. In ihrem Vortrag steht die Geschichte feministischer Wohnutopien der Moderne im Fokus. Im Ankündigungstext heißt es dazu: Das Bild der Revolution war in der Arbeiterbewegung traditionell auf Öffentlichkeit und die Aneignung von zuvor privatisierten industriellen Produktionsmitteln gerichtet. Die utopischen Wohnkonzepte des 20. Jahrhunderts aus dem Umfeld des Sozialismus entwarfen Modelle, die auch Reproduktionsarbeit kollektiv organisierten. Welche Vorstellungen von Feminismus waren damit verbunden? Mit einem Blick zurück und nach vorn sollen gleichzeitig Grenzen und Potentiale historischer und aktueller kollektiver Wohnkonzepte aus heutiger Sicht beleuchtet werden.

Im Jahr 25 nach den Ereignissen von 1989 und im Vorfeld von Koalitionsverhandlungen in Thüringen ist erneut die Debatte entbrannt, wie die DDR zu bewerten sei. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen lädt am 4. November, 18.00 Uhr in den Saal des Hauses der Begegnung ein. Peter Porsch, ehemaliger Vorsitzender der sächsischen LINKEN, langjähriger Fraktionsvorsitzender der LINKEN im sächsischen Landtag und bekannt für seine genauen Analysen der deutschen Sprache startet

mit einem Impulsreferat, um im Anschluss daran mit den Anwesenden ins Gespräch zu kommen. Die Veranstaltung steht unter dem Titel: „Was uns bewegt? - Das Bild der DDR oder das heute Mögliche“. Der stellvertretende Vorsitzende der sächsischen Rosa-Luxemburg-Stiftung Boris Krumnow führt als Moderator durch die Veranstaltung.

Im Ankündigungstext heißt es: „Im Anfang war das Wort! Hier stock ich schon! Wer hilft mir weiter fort? Ich kann das Wort so hoch unmöglich

schätzen ... Im Anfang war der Sinn ... Ist es der Sinn, der alles wirkt und schafft? Es sollte stehn: Im Anfang war die Kraft! Doch auch indem ich dieses niederschreibe, Schon warnt mich was, dass ich dabei nicht bleibe. ... Auf einmal seh ich Rat. ... Im Anfang war die Tat.“ (Faust - Der Tragödie 1. Teil von Johann Wolfgang von Goethe)

Das Wort ist heute „Unrechtsstaat“. Der Sinn ist umstritten. Das nimmt die Kraft und hemmt die Tat.

das der Begriff Unrechtsstaat DDR heute einen anderen Klang als in den 1990er Jahren habe, sind untaugliche Versuche, die Angriffe politischer Gegner auf DIE LINKE zu verharmlosen.

Leserbrief von Prof. Dr. Werner Döhler

Unrechtsstaat DDR?

Soweit ich mich erinnern kann, wurde bereits in den 1990er Jahren eine Behauptung, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen, von vielen ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern der DDR, von Politikerinnen und Politikern verschiedenster Richtungen und von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zurückgewiesen.

Dass einige (zum Teil selbsternannte) Historiker und angebliche „DDR-Kenner“ anderer Meinung waren, ändert nichts am Nachweis, dass es in der Rechtswissenschaft und in der Rechtspraxis den „Unrechtsstaat“ nicht gibt und auch in der DDR nicht gab.

Es ist nicht zu verstehen, dass Politikerinnen und Politiker von drei Parteien, die in Thüringen eine Landesregierung bilden wollen, den „Unrechtsstaat“ wieder aus der Mottenkiste ‚Verleumdung der DDR‘ holen. In einem schwammigen

ND-Artikel vom 26. September auf Seite 5 wird behauptet, dass doch kein Bekenntnis zum Begriff Unrechtsstaat verlangt und so einfach übersehen wird, dass alle drei Thüringer Parteien in ihrem gemeinsamen Papier die DDR als Unrechtsstaat bezeichnen. Wie wird wohl dazu die Meinung von Parlamenten und Parteien der neuen Bundesländer sein?

Aber zurück zur Unrechtsbegründung der rot-rot-grünen Thüringer Erklärung. „Weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit in der DDR ein Ende haben konn-

te, wenn einer der kleinen oder großen Mächtigen es so wollte. Weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat.“

Ich erspare mir die Polemik mit dieser „Beweisführung“, die man unschwer als Teil der systematisch betriebenen Delegitimierung der DDR erkennen kann.

Die Liebdienerei der Thüringer DIE LINKE-Delegation zu rechtfertigen,



Foto: Karl-Heinz Laube / pixelio.de

Meines Erachtens sollten bei den Sondierungsgesprächen, wenn es um die DDR-Geschichte geht, die Rechtspositionen zu sozialökonomischen Fragen, Arbeit und Bildung, Außenpolitik und Antifaschismus im Vordergrund stehen, ohne begangenes Unrecht zu verschweigen. Wenn Genosse Rame-low beim Thema DDR keinen Nachhohlebedarf, sondern Diskussionsbedarf erkennt und konkrete Aufarbeitungspolitik (was soll aufgearbeitet werden?) weiterentwickeln will, sollte er das für alle Mitglieder geltende Programm der Partei DIE LINKE zu Rate ziehen.

Mehr zur aktuellen Debatte auf Seite 12 dieser Ausgabe

Cuba Si informiert von Ursula Zierz

Unsere Dresdner Spende von 2.000 Euro für die Bewässerungsanlagen des Milchprojektes „Guantanamo“ ist auf dem Konto: „Milch für Kubas Kinder“ angekommen. Es fehlen nur noch 1.000 Euro. Das „nur“ klingt natürlich harmlos, aber vielleicht schaffen wir in diesem Jahr gemeinsam noch ein Stück und im nächsten den Rest für dieses Projekt? Gemeinschaftsspenden der Basisorganisationen sind auch immer eine große Unterstützung. Sie können bei Uli Reinsch oder am 04.12.2014 zur Cuba Si-Spendensammlung abgerechnet werden. Für das Dauerprojekt „Fahrräder, Fahrstühle, Rollatoren... für Kuba“ wurden an die Initiative „Arbeit und Lernen“ 286 Euro beglichen. Wir hoffen, dass das Projekt so erfolgreich im nächsten Jahr weiterläuft. Dadurch haben Langzeitarbeitslose bei „A u L“ Arbeit und die Kubaner erhalten instandgesetzte Fahrzeuge!

Hinweis

Spendenlisten für BO's und neue SEPA-Kontennummern sind bei Uli Reinsch im INFO-Hefter - CUBASI erhältlich!

Infos aus der UNASUR - Staaten-gemeinschaft

Weltweite Proteste erfolgten auch im 16. Jahr der Einkerkung der drei „Cuban Five“ mit der Forderung für ihre sofortige Freiheit. Es würde nur eine Unterschrift des Präsidenten Barak Obama bedürfen! Auch in Berlin, Düsseldorf und Essen fanden Protestveranstaltungen statt. Die USA warb unter dem Deckmantel von Gesundheitsprojekten Jugendliche aus lateinamerikanischen Ländern (mit einem Stundenlohn von 8,50 US-Dollar an), um Kontakte zu gleichaltrigen kubanischen Jugendlichen mit der Absicht zu knüpfen Umsturzpläne zu organisieren. Beim Bekanntwerden dieser AP-Agenturmeldung empörte sich sogar die amerikanische Öffentlichkeit.

UNO und WHO danken Kuba für 169 Ärzte und Pflegepersonal im Kampf gegen Ebola in Afrika.

Seit der Revolution entsandte Kuba weltweit 370.000 Ärzte und Pflege-

personal, allein nach Afrika 77.000 Fachkräfte. Erstmals wurde Kuba als positives Beispiel auch in den deutschen Nachrichten erwähnt, dem sich andere anschließen sollten.

Die Weltbank hat in einer Untersuchung über das Bildungssystem Lateinamerikas und der Karibik bestätigt, dass das kubanische Bildungssystem dasjenige mit der höchsten Qualität sei. Kuba investiert ins Bildungssystem 13 Prozent seines Haushaltes und steht auch damit weltweit an erster Stelle. Es wurde bestätigt, dass es zu den effizientesten Bildungssystemen neben Finnland, Schweden, der Niederland, Südkorea, Kanada und Singapur gehört.

Solidos solidarios!

Redaktionsschluss 2014

08.01.2014, 03.02.2014
05.03.2014, 02.04.2014
14.05.2014, 04.06.2014
09.07.2014, 10.09.2014
01.10.2014, 05.11.2014
10.12.2014

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Annetkatrin Klepsch, Tilo Kießling
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeiter dieser Ausgabe: Annetkatrin Klepsch, Caren Lay, Katja Kipping, Ursula Zierz, Katja Kipping, Max Pagenkopf, Susann Scholz-Karas, Max Schöne, Franziska Fehst, Jens Matthis, Birger Höhn,

Druck: Verlag Lausitzer Rundschau
Druckerei GmbH, Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 5.500 Exemplare
Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!



UNRECHTS ist nicht LINKS

Warum die Bezeichnung „Unrechtsstaat“ aus linker Sicht nicht nur ein Lapsus, sondern ein schwerer Fehler ist.

von Jens Matthias

Vorab: Ich bin kein Gegner einer rot-rot-grünen Regierung in Thüringen. Und wie viele andere Genossinnen und Genossen auch halte ich die ganze Diskussion für eine falsche Diskussion zur falschen Zeit.

Anders als manche/r in der Parteiführung bin ich nun allerdings der Meinung, dass für die lästige Diskussion nicht die Kritiker des Begriffes die Verantwortung tragen, sondern diejenigen im Verhandlungsteam, die absichtsvoll oder fahrlässig der Formulierung vom „Unrechtsstaat DDR“ zustimmten.

Um ein Junktim zwischen einem politischen Vertrag für die Zukunft, in diesem Fall einen Koalitionsvertrag und einer bestimmten historischen Bewertung - im konkreten Fall: Die DDR sei ein „Unrechtsstaat“ gewesen - herzustellen, bedarf es einer besonderen Begründung. Entweder ist beabsichtigt, aus der Bewertung Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen. Über diese gewollten und die ungewollten Konsequenzen dieser Formulierung müsste dann intensiv nachdacht, sie müssten benannt werden. Oder aber es handelt sich schlicht um eine politische Erpressung, die dazu da ist, die Verhandlungsposition des Gegenübers, in diesem Fall der LINKEN, zu schwächen. Letzteres sollte man sich nicht gefallen lassen.

Das Problem ist gar nicht, dass man sich durch den Begriff „Unrechtsstaat“ persönlich beleidigt oder herabgesetzt fühlen müsste. Das kann man durchaus auch gelassen sehen. Insofern sind mir auch alle Erklärungen etwas suspekt, die darauf hinauslaufen, man dürfe den Begriff mit „Rücksicht auf die Lebensleistung ehemaliger DDR-Bürger“ nicht verwenden. Das ist ein so schwaches Defensivargument, dass es eher noch zur Bestätigung des Begriffes beiträgt. Es folgt dem Muster: „Opa war zwar ein krummer Hund, aber das kann man der Oma so natürlich nicht sagen“.

Das eigentliche Problem ist vielmehr, dass eine Geschichtssimplifizierung aus politischer Opportunität und vermeintlichen Pragmatismus sich an nicht vorhersehbarer Stelle bitter rächen kann.

Es ist unstrittig, die Repressionen gegen unangepasste, kritische oder oppositionelle DDR-Bürger klar als Unrecht zu bezeichnen, und zwar unabhängig davon ob sie im Einzelfall durch DDR-Recht gedeckt waren oder nicht. Der Begriff „Repression“ schließt für mich dabei alles ein, von der willkürlichen kleinen Zurücksetzung im Alltag bis zur jahrelangen Haft in Bautzen II.

Unstrittig ist auch, dass die DDR kein bürgerlicher Rechtsstaat mit Gewaltenteilung, unabhängiger Justiz und Rechtswegegarantie war. Sie wollte es in ihrem eigenen Selbstverständnis bis zum Herbst 1989 auch gar nicht sein. Schon der Begriff „Rechtsstaat“ wurde als Verschleierung des bürgerlichen Klassencharakters der Bundesrepublik verspottet.

Das alles kann und soll man kritisieren oder verurteilen oder sonst irgendwie „aufarbeiten“. Das ist in Ordnung und an vielen Stellen auch notwendig.

Der Begriff „Unrechtsstaat“ hat jedoch andere, weitreichendere Implikationen. Ein Staat wird nicht allein dadurch zum Unrechtsstaat, dass es in ihm auch vom Staat geduldetes oder veranlassenes Unrecht gibt, so etwas kommt auch in vielen Rechtsstaaten vor. Zum Unrechtsstaat wird ein Staat dadurch, dass seine gesamte Rechtssetzung, Rechtsanwendung und Rechtsprechung im Wesentlichen gegen übergeordnete rechtliche und moralische Normen verstößt und damit von vornherein als Unrecht betrachtet werden kann. Davon kann man z.B. mit Blick auf das „Dritte Reich“ durchaus ausgehen.



Foto: Karl-Heinz Laube / pixelio.de

Aber bei der DDR?

1. In der DDR wurde die bürgerliche Eigentumsordnung negiert und eine andere Eigentumsordnung geschaffen. Großes Privateigentum wurde entschädigungslos enteignet, anschließend verteilt (Bodenreform) oder aber vergesellschaftet (Großindustrie, Banken usw.). Das passierte zwar in wesentlichen Teilen bereits unter Besatzungsrecht vor 1949, wurde später aber durch DDR-Recht legitimiert und fortgesetzt.

Diese Veränderungen der Eigentumsordnung wurden von denjenigen, die davon negativ betroffenen waren, also den vormaligen Eigentümern, natürlich als furchtbares Unrecht wahrgenommen. Die meisten der Enteigneten gingen daraufhin in den Westen und erhoben dort Entschädigungsansprüche. Nach 1990 versuchten sie bzw. ihre Erben mehr oder weniger erfolgreich, Eigentum zurückzuerlangen und versuchen es zum Teil immer noch.

Für einen großen Teil der bundesdeutschen Gesellschaft ist dieser Eingriff

in das bürgerliche Eigentum natürlich ein Verstoß gegen eine übergeordnete Norm und damit ein Indikator für den „Unrechtsstaat DDR“

2. Noch bevor er Bundespräsident wurde, trug Joachim Gauck den „Kommunisten“ nach, dass die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und damit der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete durch die DDR nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in großen Teilen der DDR-Bevölkerung als „Zementierung des Unrechtes der Vertreibung“ angesehen wurde. Zwar wurde dieses „Unrecht“ vierzig Jahre später durch die Bundesrepublik nachvollzogen, das hinderte aber Gauck nicht daran, es als Argument gegen den „Unrechtsstaat DDR“ zu verwenden.

3. In der DDR wurden weitreichende Pläne zur gesellschaftlichen Umgestaltung verfolgt. Dazu gehörte auch die Brechung des Bildungsprivilegs der Reichen und Besitzenden. Der Umfang, in dem Kinder aus Arbeiter- oder Bauernfamilien in der DDR Abitur machen, studieren und in die Bildungseliten aufsteigen konnten, wäre in der bundesdeutschen Gesellschaft damals unmöglich gewesen und ist es heute leider immer noch bzw. inzwischen wieder. Die Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs war aber keine harmonische Veranstaltung unter der Überschrift „Studium für alle“. Angesichts der beschränkten ökonomischen Ressourcen bedeutete zunächst jeder Studienplatz für ein Arbeiterkind auch, dass ein Kind aus einer Unternehmer-, Arzt- oder Pfarrersfamilie nicht studieren konnte, obwohl es in dessen Familientradition eigentlich selbstverständlich war. Diese wurde von den Betroffenen, menschlich gut nachvollziehbar, als großes Unrecht im „Unrechtsstaat“ empfunden.

4. Aber auch in anderen Rechtsbereichen brach das DDR-Recht radikal mit der bürgerlichen Ordnung. So etwa im Zivil- und Familienrecht. Hier vollzog die DDR weitreichende Reformen (Gleichstellung von Mann und Frau, Gleichstellung unehelicher Kinder, liberalisiertes Scheidungsrecht, Gewaltfreiheit in der Kindererziehung, Recht auf Erziehung statt elterlicher Gewalt, Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches, Legalisierung von Homosexualität u.a.), die in der Bundesrepublik mitunter erst Jahrzehnte später, zum Teil bis heute nicht nachvollzogen wurden. Von konservativer Seite wurden diese Reformen in der Bundesrepublik natürlich auf das Schärfste bekämpft, unter anderem auch mit dem Argument, dass man nicht bereit sei, das Unrecht des „Unrechtsstaates DDR“ zu übernehmen.

5. Erwähnt sei noch das DDR-Arbeitsrecht, hergeleitet aus einem verfassungsmäßigen „Recht auf Arbeit“. Man kann es nach heutigen Maßstäben als ausgesprochen „arbeitnehmerfreundlich“ bezeichnen, auch wenn den Begriff „Arbeitnehmer“ in der DDR niemand verwendet hätte. Diese „Arbeitnehmerfreundlich-

keit“ bereitete nicht nur privaten Unternehmern, sondern auch sozialistischen Leitern in VEBs und Verwaltungen mitunter erhebliche Probleme. Zugleich sicherte es Millionen Menschen eine soziale Sicherheit, die durch Umbrüche im Wirtschaftsleben nicht gefährdet wurde. Dass wirtschaftliche Risiken nicht auf Arbeitnehmer abgewälzt werden können und Arbeitsplätze nicht betriebswirtschaftlicher Rationalität geopfert werden dürfen, wäre unter heutigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zweifellos ein untragbares „Unrecht“.

Aus konservativer oder (neo-) liberaler Sicht ist es geradezu zwingend, die DDR aus den fünf vorgenannten Gründen als „Unrechtsstaat“, als Angriff auf die Grundfesten der bürgerlichen Gesellschaft und des bürgerlichen Rechtes zu klassifizieren. Die Einschränkung von politischen Bürgerrechten und die Repressionen gegen die Opposition spielen dabei eher eine untergeordnete Rolle, daran hätte und hat man sich bei anderen Staaten nicht weiter gestoßen.

Aber waren die (teilweise) Aufhebung bürgerlichen Eigentums, die sofortige Anerkennung der neuen Grenzen in Europa, die Brechung des Bildungsprivilegs sowie die Reformen im Zivil-, Familien- und Arbeitsrecht nach linken Maßstäben Unrecht?

Aus linker Sicht sollte man genauer differenzieren, „was an diesem „Staat der kleinen Leute“ (Günter Gaus)“ historisch gerecht und gelungen, was legitim, aber missraten und schließlich was unentschuldbares Unrecht war. Nicht nur um der Befindlichkeit oder eventueller juristischer Nachwirkungen willen, sondern auch wegen des eigenen programmatischen Selbstverständnisses.

Niemand in Frankreich käme wohl auf die Idee, die Erste Französische Republik, die aus der Französischen Revolution hervorging und durch den Staatsstreich Napoleons beendet wurde, wegen der Jakobinerdiktatur oder wegen des „Grande Terreur“ als „Unrechtsstaat“ zu bezeichnen. Sie bestand nur zwölf Jahre (1792 bis 1804) und scheiterte wohl letztlich an sich selbst. Aber sie gilt bis heute als Beginn der großen republikanischen Tradition Frankreichs, auf welche die Franzosen, die jetzt schon in der Fünften Republik leben, stolz sind.